

Brühler Zeitung

Brühler Lokalanzeiger - Brühler Stadtanzeiger - Brühler Volkszeitung

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe 10 Pf. Reklamen 30 Pf. Wertungsbild und Auskunftsverteilung 30 Pf. Bei anstandsloser Bezahlung oder Kontofuß ist jeder Rabatt hinfällig. Nachdruck ohne schriftliche Genehmigung ist strafbar. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur dann zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt.

Amtsblatt der Stadt Brühl

Postfachkonto Köln 12742 * Fernsprecher 2108.

Bezugspreis: Durch den Boten frei ins Haus oder durch die Post monatlich 1.50 Mk. einschl. Trägerlohn. Die Brühler Zeitung erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. - Störungen infolge höherer Gewalt rechtfertigen keine Ersatzansprüche.

Beilagen: Der Familienfreund * Sport * Aus der Welt der Frau * Der praktische Landwirt * Der Erzähler * Der Mittelstand * Sonntagsfreude * Rundfunk

Nr. 246

Mittwoch, 19. Oktober 1932

35. Jahrgang

Verfehlte Spekulationen.

Der Untersuchungsausschuss und Dr. Klepper - Braun und Hirtfelder als Zeugen - Vergebliche Suche nach Stoff zu deutschnationaler Wahlagitatio.

„1. Wir berichteten in der vorigen Woche über den mit großem Agitationsseifer von den deutschnationalen und Nationalsozialisten aufgezogenen Untersuchungsausschuss über die Preußenkassette. Gestern wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wurde zunächst der ehemalige Leiter der Preußenkasse und spätere Finanzminister Dr. Klepper vernommen. Auf den Hinweis, er könne Aussagen verweigern, wenn er glaube, daß man ihm daraus später strafbare Handlungen nachweisen könne, erklärte er dem deutschnationalen Vorsitzenden, er habe nichts zu verbergen und werde von seinem Verweigerungsrecht keinen Gebrauch machen. Aber die Art wie der deutschnationale Verleumdung über ihn schon vor seiner Vernehmung geübt habe, sei ein Verleumdung. Er werde diesem auf Fragen nicht antworten.“

Man verhandelt dann über die Kölnische Volkszeitung. Bei der Kapitalerweiterung, die das Görreshaus im Jahre 1930 nötig gehabt habe, sei die Geldbeschaffung schwierig gewesen. Grundsätzlich habe das Staatsministerium damals an eine Beteiligung staatlicher Gelder gedacht. Die Gelder der Preußenkasse seien nur vorübergehend hergegeben worden. Im übrigen seien derartige Geschäfte ständige Praxis gewesen, falls die Staatsregierung zustimmte. Sowohl vor dem Kriege, wie auch nachher. Aus der Vorkriegszeit sei ja noch der Bereitschaftskredit für den Scherl-Verlag bekannt. (Davon wird man in der Hugenbergpresse wohl nichts lesen.) Das Staatsministerium sei einverstanden gewesen. Uebrigens habe die Preußenkasse auch für etwa 100 000 Mark „Germania“-Aktien im Jahre 1930 erworben. (Das ist das Blatt, dessen Aktienmehrheit der heutige Reichskanzler von Papen besitzt.) und zwar aus dem Besitz des Kölner Görreshauses. Maßgebend dafür sei nicht die Absicht gewesen, das Görreshaus zu stärken, sondern die gleichen staatspolitischen Gründe wie für die Stützung der R. V. hätten auch hierfür den Ausschlag gegeben.

Klepper weist den von deutschnationaler Seite erhobenen Vorwurf zurück, daß Landwirtschaftliche Genossenschaften infolge der Kreditpolitik der Preußenkasse zu kurz gekommen seien. Wenn in solchen Fällen einmal Zurückhaltung geübt wurde, dann sei das nicht aus Geldmangel, sondern aus allgemeinen kreditpolitischen Gründen geschehen.

Im weiteren Verlauf seiner Vernehmung sagte Finanzminister Klepper, daß man mit einem Verlust aus dem Geschäft mit der Kölnischen Volkszeitung nur rechnen müßte, wenn keine Dividende gezahlt wurde. Später sei allerdings keine Dividende gezahlt worden, und daß dieses Risiko übernommen wurde, sei ihm klar gewesen.

Alle Aktien der Germania, deren man habhaft werden konnte, wurden damals aufgekauft, um zu verhindern, daß ein bestimmter Großaktionär die absolute Majorität erwerben konnte. (Zuruf: Wer war denn das?) Der Herr Reichskanzler! (Bewegung.)

Auf Fragen des Zentrumsabg. Teschner bestätigt Klepper, daß ihm durchaus bekannt sei, daß auch sonst von Reich und Staat Gelder für Zeitungen hergegeben worden seien, z. B. für die D.M.Z. und für die Deutsche Tageszeitung.

Die Beantwortung einer Frage, ob Gelder bei der Reichspräsidentenwahl zur Verfügung gestellt worden seien, lehnt Klepper ab. Der Zentrumsabg. Schmölzer stellt noch fest, daß die Preußenkasse zur Zeit der Raiffeisenkredite von dem Vorgänger Kleppers (einem deutschnationalen) doch wohl nicht so gut geleitet worden sei, sonst wäre es nicht zu den bekannten Korruptionsaffären gekommen.

Als nächster Zeuge wird Ministerprä-

sident Braun vernommen, der erklärt, daß er keine Bedenken gegen die Hergabe der Gelder an die R. V. gehabt sondern sie aus staats- und grenzpolitischen Gründen sogar für erwünscht gehalten habe. Nachdem so viele Millionen an den Schieber Uralzeff gegeben waren, habe er gegen das einwandfreie Geschäft nichts einzuwenden gehabt. Einige deutschnationale und natio-

nalsozialistische Trager weist Braun sehr kurz ab.

Minister Hirtfelder führt ebenfalls grenzpolitische Gründe als maßgebend für die Hergabe der Kredite an. Den Vorwurf der Verschleierung lehnt er ab und erklärt, solche Sachen würden doch immer vertraulich behandelt. Bezüglich der Germania gibt er zu, daß man bestrebt gewesen sei, durch Aktienanlauf der Germania zu verhindern, daß dieses Blatt in eine bestimmte politische Richtung gedrängt werde.

Der Ausschuss beschloß, Reichskanzler von Papen, Staatssekretär Brand und den Präsidenten Helfferich von der Preußenkasse als Zeugen zu laden. Darauf vertagte sich der Ausschuss auf Mittwoch.

Im Scheinwerferlicht der Kritik.

Unabhängiges Journaltum - Keine Ursache zur Aufregung - Aus der Perspektive des unabhängigen Journalisten - „Freie Meinungsäußerung“ - Beiläufige Erinnerungen - Späte Rechtfertigung.

„1. Wir haben schon vor einigen Tagen, als wir zu den Verhandlungen im Untersuchungsausschuss Stellung nahmen, keinen Zweifel darüber gelassen, daß es sich hier um trampschafte Versuche der Reaktion handelt, Stoff für ihre Wahlagitatio zu bekommen. Das Vorgehen mutet geradezu ekelhaft an, wenn man die dabei an den Tag gelegte pharisäische Selbstgefälligkeit betrachtet. Als ob man vergessen hätte, wie Bismarck die Gelder des Bismarckfonds verwandt hat, wie man in früheren Zeiten den ganz getreuen Regierungsbürokraten, die natürlich nur Reichsbürokraten sein konnten, dadurch eine große Zahl fester Kunden sicherte, daß man alle Verwaltungsbürokraten anhielt, solche Blätter zu abonnieren. Damals hat keine Maus auf der Rechten gekriecht. Da fand man alles in Ordnung. Oder wer hat etwas davon gehört, daß Herr Hugenberg sich moralisch entrüstet hat, als vor einem Jahre die Danatbank vom Reich gestützt werden mußte, wobei die Hugenbergpresse mit ihren 20 Millionen Mark Verbindlichkeiten doch selbst sehr zu den Schwierigkeiten beitrug? Das fand jeder selbstverständlich, daß damals die Regierung Brünning einsprang. Und heute will sich der Hugenberklub darüber aufregen, daß auch die Kölnische Volkszeitung einmal für die Hergabe von 2 Millionen Geschäftsanteilen Staatsgelder erhielt, die doch gestützt sind? Nein, jene haben wirklich kein Recht zur Aufregung, und man merkt nur allzu deutlich die Absicht der Wahlmacht.“

Wie wir aus Berufsinteresse heraus überhaupt über Subventionen für Zeitungen denken, darüber haben wir ebenfalls keinen Zweifel gelassen. Jeder echte Journalist wird als höchstes Gut seine geistige Unabhängigkeit betrachten. Nichts kann ihn tiefer verwunden, als wenn man ihm dieses Recht zur freien Meinungsäußerung einengt. Darum finden wir die Angelegenheit reichlich unerfreulich. Zugabe, daß eine Regierung ein wohlbegründetes Interesse daran hat, ein Blatt wie die Kölnische Volkszeitung hier an der bedrohten Westgrenze lebenskräftig zu erhalten. Für eine Zeitung selbst muß jede Art von Subvention peinlich sein.

Wir möchten aber nicht verfehlen, in diesem Zusammenhang noch eins zu erwähnen. Der Verlag der Kölnischen Volkszeitung, das „Kölner Görreshaus“, hat gerade in jenen Sommermonaten 1930 einen unschönen Kampf gegen katholische Heimatblätter entfesselt. Wir haben damals in entschiedener Abwehr der von Köln aus betriebenen Konjernerungspläne in vorbersteter Linie gestanden. In Erinnerung an jene Vorgänge können wir nicht umhin, unsern Lesern noch einmal darzulegen, wie berechtigt

unser damaliger Standpunkt war. Ohne einen Pfennig öffentlicher Gelder an Unterstützung zu erhalten sind wir stets mit Freimut u. Offenheit für unsere Ueberzeugung eingetreten, obwohl auch bei uns seit Beginn der Wirtschaftskrise finanzielle Sorgen täglich zu Gast saßen. Es ist kein Ruhmesblatt für das Kölner Görreshaus, daß es in solch schwerer Zeit versuchte, nachdem es aus öffentlichen Mitteln Gelder erhalten hatte, die freie und mutvoll kämpfende katholische Heimatpresse in ihrer freien Selbständigkeit bedroht zu haben. In den großen wegweisenden Reden von Münster am letzten Montag wurde mehrfach betont, daß die wirtschaftliche Entwicklung wieder aus der Verunsicherung herausführen müsse, zurück zum persönlich ver-

Wetterleuchten der Außenpolitik.

Die Kontingentierungen - Neue Drohungen mit Gegenmaßnahmen aus dem Ausland - Neue Versuche um die Abrüstungskonferenz.

„1. Wir haben schon vor einigen Tagen darauf hingewiesen, daß die Einigung mit Italien allzu optimistisch ausgemalt wurde durch die offiziellen Nachrichtenbüros. Tatsächlich erfährt man jetzt auch aus italienischen Presseäußerungen (woher sollte man es auch sonst erfahren), daß die Kontingentierungsverhandlungen in Rom gescheitert sind. Die italienischen Blätter reden dabei eine sehr deutliche Sprache. Die Vereinigung des Desinenabkommens habe den beiderseitigen guten Willen gezeigt, aber jetzt müsse Deutschland auch in der Frage der Kontingente entgegenkommen, andernfalls wird mit Gegenmaßnahmen gedroht.“

Herr von Papen hat in seinen jüngsten Wahlreden so getan, als ob der Widerstand des Auslands nur im ersten Impuls erfolgt sei, aber vor den überzeugenden Vorstellungen seines Kabinetts doch schwinden werde. Pressestimmen aus Holland belehren ihn, daß er sich in dieser Beziehung einem graufamen Irrtum hingibt. Holland werde keinesfalls seine Haltung ändern und, wenn die deutsche Regierung starr bleibe, zu Gegenmaßnahmen greifen.

Man vergleiche in diesem Zusammenhang, was der Wirtschaftsfachverständige Dr. Hackelsberger auf der Münsterschen Zentrumsstagung zu diesem Thema sagte, daß nämlich im ersten Halbjahr von den jetzt mit Kontingenten bedrohten Ländern für 200 Millionen Mark nach Deutschland eingeführt wurde, während unsere Exportindustrie im gleichen Zeitraum für

Kurze Tages-Chronik.

Der Untersuchungsausschuss des preussischen Landtages begann mit der Zeugenvernehmung in dem Untersuchungsverfahren gegen den früheren preussischen Minister Dr. Klepper. Als Zeugen vernommen wurden Ministerpräsident Braun und die ehemaligen Minister Klepper und Hirtfelder. Der Ausschuss beschloß u. a. auch den Reichskanzler von Papen zur Vernehmung zu laden.

Zwischen dem englischen Botschafter in Paris, Lord Threl, und dem französischen Ministerpräsidenten Perriot fanden erneute Verhandlungen über das Zustandekommen der Viermächtekonferenz und über den Ort der Konferenz statt.

Alle Voraussetzungen nach wird der englische Premierminister MacDonald auf der kommenden Weltwirtschaftskonferenz den Vorsitz führen. MacDonald hat sich bereits damit einverstanden erklärt.

Das belgische Kabinett ist, da keine Einigung über die Frage der Neuwahlen zwischen den Kabinettsmitgliedern erzielt werden konnte, zurückgetreten.

In Rütshaus stürzte ein Kirchsturm infolge des starken Sturmes ein. Personen wurden glücklicherweise nicht verletzt.

In London kam es wiederum zu schweren Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Arbeitlosen und der Polizei.

antwortlichen Unternehmer, zurück zum übersehbaren Klein- und Mittelbetrieb. Die Entwicklung hat uns recht gegeben. Unsere treue Leserschaft, der wir für ihre Treue stets dankbar bleiben werden, hat sich aber auch selbst damit den besten Dienst geleistet, weil sie sich ein freies und unabhängiges Blatt erhielt, wie es der Stolz eines jeden echten Journalisten ist.

2000 Millionen, also 2 Milliarden Mark nach diesen Ländern ausführen.

Interessant ist es auch zu sehen, wie in dieser Frage die Deutsche Volkspartei mit den deutschnationalen aneinander gerät. Ein schlechtes Vorzeichen für die Wahl. Da hat nun der „junge Führer“ Dingeldey sein led gewordenen Parteischiff an Hugenbergs stolzes Wäldingerboot angehängt, um wenigstens noch ein paar Mandate in den Hafen zu bringen. Nun muß er erfahren, daß die Fahrt zu einem Gefährde geht, wo für die Deutsche Volkspartei kein Weg mehr blüht. Das ist eine bittere Enttäuschung. In der Kölnischen Zeitung kann man dazu täglich ergötzliche Stimmungsbilder lesen.

London, 18. Okt. Reuter erfährt von zuverlässiger Seite, daß die englische Regierung die Verhandlungen von Dänemark, Norwegen und Schweden eingeladen hat, Besprechungen über Zollfragen zum frühesten geeigneten Zeitpunkt in London abzuhalten. Ueber das gleiche Thema laufen bereits Verhandlungen mit der argentinischen Regierung.

(Die deutschen Kontingentierungspläne haben in England eine ungeheure Geschäftigkeit hervorgerufen. Ob man in Berlin jetzt etwas merkt?)

Paris, 18. Okt. Die deutsche Delegation, die zu Besprechungen über die Kontingentierungen mit der italienischen Regierung in Rom verhandelt hat, ist heute

men, und es ist mit ein Mädel, daß sie trotzdem so schön ge-
heißt ist.“
„So, dann kann er sie jetzt wieder gebrauchen und seinen
Leben.“

„Ei, fleh da... da haben Sie auch meinen Reifen, den
Seinmutter Rogan, gekaut, nicht wahr?“
„Seinmutter Rogan? - War das Ihr Reife? Es war der jüngste
Reifen unter den Reifen. Er wurde vernichtet.“

Die Bedeutung des Reichstages für die Frau.
Ein großer Schritt hat einmütig den beschleunigten Aus-
bruch gekant. „Wir lernen die Gleichheit nicht kennen, wenn
wir nicht lernen, wie man sie zu ihren Gunsten und für sie in
den Reichstagen und Parlamenten durchsetzen kann.“

konnten. Welches berechtigte Stillschweigen muß demnach durch
die Kritik einer Frau stehen, die sich für, welche Arbeit zu
leisten, die aus dem wichtigsten Elementen, das sie mit
Schicklichkeit und Güte in den Schöpfung der Mutter Erde liegt,
schaffen und gestalten. Und schließlich, wie man dem Schicksal
gegenübersteht.

in Paris eingetroffen, um auch hier Besprechungen über die Kontingentierungsfrage einzuleiten. Die Besprechungen mit der französischen Regierung werden morgen beginnen.

(Die Delegation hat bisher noch nirgendwo Glück gehabt. Sowohl in Holland, wie auch in Italien hat sie mit ihren Verhandlungen gar nichts erreicht, als daß der Widerstand gegen die deutschen Pläne fortbesteht).

1. In Frankreich ist man äußerst geschäftig bei der Arbeit. Obwohl man in Paris kaum noch mit einem Zustandekommen der Viererkonferenz rechnet und deshalb die deutsche Regierung, nach Genf zu gehen, höchst willkommen empfindet, tut man so, als ob man sich für diese Konferenz vorbereite. In Wirklichkeit dreht sich die große Geschäftigkeit um den sog. neuen Plan für die Abrüstungskonferenz, an dem aber nicht viel Neues ist. In der Hauptsache sieht er nämlich die Schaffung einer internationalen Luftflotte vor, die im Kriegsfall dem angegriffenen Lande zur Verfügung gestellt werden soll. Man weiß zwar in Paris sehr wohl, daß der Plan absurd ist, aber man muß doch einen einigermaßen plausiblen Weg zur Sabotierung einer wirklichen Abrüstung finden.

Herriot hat denn auch gestern seine Landsleute in einer Rede darauf aufmerksam gemacht, daß seine Regierung manchmal komplizierte Wege gehen müsse. Man möge aber daran keinen Anstoß nehmen; denn er bürge für Wachsamkeit der Regierung und für deren Arbeit zu Frankreichs Sicherheit.

Mac Donald ist immer noch bemüht eine Vermittlung durchzuführen, bisher hat sich aber noch kein Weg gezeigt. Der ehemalige Schatzkanzler Snowden tritt in einem Artikel, den die Berliner „Wirtschaftszeitung“ veröffentlicht, für eine Abrüstung auf den Stand Deutschlands ein. Die bisherige Methode der Abrüstungsverhandlungen beurteilt er aufs schärfste. Damit ist zwar eine freundliche Geste erfolgt, praktisch aber sind wir keinen Schritt weiter gekommen. Die Abrüstungsfrage steht heillos fest.

London, 19. Okt. Im Unterhaus teilte Premierminister MacDonald mit, daß er ersucht worden sei, den Vorsitz der Weltwirtschaftskonferenz zu übernehmen. Er werde das Ersuchen annehmen.

Stegewald in Neuk.

Neuk., 19. Okt. (Eig. Meld.) In einer Rundgebung der Zentrumsparität sprach am Dienstagabend der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald zur politischen Lage. Die Nationalsozialisten wählten, so führte er u. a. aus, daß ohne die Volkmeinung nicht zu regieren sei, während die Deutschnationalen mit der derzeitigen Reichsregierung glaubten, ohne die Volkmeinung regieren zu können. Nach Dr. Brüning's Sturz und nach der letzten Reichstagswahl hätte die Zentrumsparität eine Regierung von Vapen auf breiter Grundlage, in der die Nationalsozialisten mit verantwortlich gewesen wären, bis zum Frühjahr glatt toleriert. Die Verfassungsreform sei notwendig, weil in Weimar unter dem Druck der Spartakisten und bei seiner sozialistisch-demokratischen Mehrheit keine hundertprozentig vollkommene Verfassung hätte geschaffen werden können. Von den 65 Millionen Deutschen wählten auch heute kaum 1000, wie sehr die Wirtschaft in der Bankenkrise an einem seidenen Faden gehangen habe. Es könne keine Meinungsverschiedenheit darüber bestehen, daß Deutschland bei Fortsetzung der Politik Dr. Brüning's heute außenpolitisch viel besser dastünde und innenpolitisch einer verfassungsmäßigen Reichsregierung näher wäre als heute.

Als Ziel der Reichsreform stellte der Redner hin: Beseitigung des Dualismus Reich-Preußen, Umgestaltung des ohnmächtigen Reichsrats, zweckmäßige Konstituierung des Reichstags und Beseitigung des Listenwahlrechts.

Stegerwald wandte sich dann gegen die widerprüchliche Wirtschaftspolitik der Reichsregierung und forderte eine Wirtschaftsreform, die die Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der Wirtschaft betone. Er verneine die Steuerentscheide an sich nicht, bemerke aber, daß sie ein Waagnis seien, daß zur Katastrophe führen müßten, wenn der erwartete Konjunkturaufschwung nicht eintrete. Mit Optimismus allein könne man keine Wirtschaft aufbauen. Der Anturbe-lungs-gedanke sei schon zu seiner Amtszeit in einer Kommission erörtert worden. Das Zentrum werde, so schloß Dr. Stegerwald, unter keinen Umständen das Recht der Arbeiterschaft umstoßen lassen.

Das Wirtschaftsprogramm des Zentrums.

Dr. Sachsberger über den Weg des Kabinetts Vapen - Zustimmung und Kritik - Neue Vorschläge - Eine kritisch-sachliche, fördernde Mitarbeit.

Auf der Münsterschen Tagung der Zentrumsparität, über die wir gestern schon berichteten, sprach der Wirtschaftsfachverständige des Zentrums, Dr. Sachsberger, über unsere Stellung zum Vapen'schen Wirtschaftsplan und über eigene weitere Vorschläge zur Belebung der Wirtschaft. Er führte dabei etwa folgendes aus:

Wenn doch endlich unser Volk und unsere Wirtschaft von diesem verheerenden Druck dauernder politischer Beunruhigungen und Wahlen wieder befreit würden! Auch das schärfste Wirtschaftsprogramm kann unter solchen Voraussetzungen nicht zu einer wirklich nachhaltigen Besserung führen. Und damit ein Wort zu den wirtschaftlichen Notverordnungen der Regierung von Vapen, die unter der Flagge „Wirtschaftsprogramm“ gestartet sind. Man wird dieser reichlich anspruchsvollen Auffassung gegenüber objektiver Weise betonen müssen, daß es sich hier nur um eine Art Notprogramm, um einen Versuch handeln kann, der selbst bei volstem Gelingen lediglich eine Brücke darstellen wird zu einer besseren wirtschaftlichen Existenzgrundlage.

Aber auch diese Brücke kann uns nur dann an ein glückliches Ufer führen, wenn die Zeit der Ueberbrückung von der Regierung mit größerem politischen Geschick und härterem sozialökonomischen Einflußvermögen in die Lebensverhältnisse und Notwendigkeiten eines 65-Millionen-Volkes dazu benutzt werden, um in ruhiger politischer Atmosphäre die einzelnen Grundlagen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens vernünftig zu reformieren. Mit unbedachtem Aktivismus, mit überhasteten Improvisationen, die das rechte Verständnis für das Gewicht der Dinge vermissen lassen, kann diese Aufgabe nicht gemeistert werden.

Jeder Plan zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Ueberwindung der Winternot, jedes Programm, das die Fähigkeit zur Besserung des ungeheuren Elends besitzt, verdient Unterstützung und Förderung, gleichviel, von wem es vertreten wird. Unter diesem Gesichtswinkel reiner Sachlichkeit stehen wir auch dem Versuch der Regierung von Vapen gegenüber. Er geht davon aus, daß der ungeheure Schrumpfungszustand seinen Höhepunkt erreicht und die Wirtschaftskrise ihren Drehschritt bereits überschritten hat. Als zweites sieht die Regierung eine weitreichende Vernachlässigung der notwendigen Reparaturen in unserem gewerblichen Produktionsapparat und dem gesamten Hausbau. Sie bezeichnet diesen Zustand als aufgekauften Erhaltungsbedarf und fordert daraus, daß in dem Augenblick einer künftigen Entlastung in erster Linie die Gelder zur Aufholung dieses Erhaltungsbedarfes Verwendung finden.

Die Weltwirtschaftskrise, deren Ausmaß zur Verstärkung der besonderen deutschen Krise entscheidend beitrug, scheint tatsächlich den Tiefpunkt überwinden zu haben. Die festere Stimmung an den internationalen Rohstoffmärkten hat sich nach den gegenüber einer übersteigerten Anfangsbewegung unmerklichen Rückschlägen weiter gebessert. Ein deutliches Symptom einer allmählichen Weltwirtschaftsbesserung scheint auch die starke Verknappung der internationalen Geldmärkte zu sein, die nach neuer Betätigung drängen.

In England und Amerika macht sich seit längerem eine hoffnungsvolle Steigerung geltend.

Aber auch in Deutschland selbst sind schon gewisse, wenn auch schwache Anzeichen eines beginnenden Umschwunges zu beobachten. Wichtigere als die Börsenbewegung ist dabei das heute bereits deutlich erkennbare Abflauen einer Krisenpsychologie, die je länger je mehr zu einer unheilvollen Gefahr für die gesamte Wirtschaftsführung zu werden drohte.

Im allgemeinen wird man aber für Deutschland jedenfalls noch sagen müssen, daß irgendeine besondere Besserungen augenblicklich noch nicht spürbar sind. Man wird sich objektiver Weise lediglich mit der Feststellung begnügen dürfen, daß wenigstens keine weitere Verschlechterung in Produktion und Absatz mehr vorliegt. Wohl sind bereits vielfach bessere Stimmung und gewisse Anzeichen zu neuer Unternehmungslust in Unternehmertreuen zu beobachten.

Wie steht es nun mit dem zweiten Punkt, dem Erhaltungsbedarf? Der Zustand des Produktionsapparates ist tatsächlich in den letzten Jahren nicht ganz intakt gehalten worden, weil es für die notwendigen Reparaturen, laufenden Instandsetzungen und normalen Investitionen vielfach am erforderlichen Geld und der Unternehmerrinitiative mangelte. Wir haben bei normaler Wirtschaftslage für die notwendigen Erneuerungen und Reparaturen unseres gesamten Produktionsapparates einschließlich Wohnungen rund 5 bis 6 Milliarden Mark pro Jahr aufgewendet. In den letzten Jahren sind wir hier nach einwandfreien Schätzungen auf höchstens 2 bis 3 Milliarden gekommen. Eine weitere Reserve sehe ich auch in der Leere der Lager bei Industrie, Groß- und Einzelhandel.

Und eine große Möglichkeit liegt schließlich auch in der Steigerung der Ausfuhr, die trotz der fremdländischen Abkürzung bei billigeren Preisen und allerdings bei vernünftiger deutscher Handelspolitik noch entsprechend gesteigert werden könnte.

Die günstige Konzeption des Anturbe-lungs-planes liegt aber m. E. in aller erster Linie auf der betont privatwirtschaftlichen Linie. Dieser Versuch, durch Ansporn der pri-

vaten Unternehmer-Initiative die Wirtschaft wieder zu beleben, ist zu bejahen.

Das Kernstück des Versuches selbst stellen zweifellos die sogenannten

Steuerentlastungen

dar. Diese Scheine, rund 1500 Millionen in Form vorweggenommener Steuerentlastung und rund 700 Millionen in Form einer Arbeitslosenprämie sind in gewissem Sinne keine schlechte, aber ungewöhnlichen und gewagte Idee. Es ist das Prinzip, daß man sich an keiner zukünftigen Steuerkraft aufrichten will. Wie man hört, soll dieser Plan nach schwierigen Debatten zwischen Regierung und Reichsbank von der letzteren ausgearbeitet worden sein. In ihrer Mitwirkung scheint und die volle Gewähr für ausreichenden Schutz der Währung gegeben.

Der Grundgedanke der Steuerentlastungen ist Entlastung der Unternehmer, um neue Arbeitskräfte einstellen zu können, das Wirtschaftsleben anzukurbeln und eine erhöhte, eine den ganzen Wirtschaftskörper mit neuem Blut erfüllende Umsatztätigkeit anzuregen. Ob diese Wirkung in dem beabsichtigten Umfang erreicht wird, muß allerdings als fraglich bezeichnet werden. Zahlreiche Unternehmer werden die Steuerentlastungen zur Abdeckung von Schulden benutzen. Sie erreichen auf diesem Wege eine Verbesserung der Bilanz. Ihre Betriebe werden von drückenden Zinsen mindestens zum Teil entlastet. Andere wieder, deren Unternehmungen gesund sind, werden die Steuerentlastungen im Treffer lassen oder als Reserve für zukünftige Kreditaufnahme benutzen. Leider ist aber der größte Teil unserer Wirtschaftsunternehmungen nicht in der glücklichen Lage, ohne Kredithilfe arbeiten zu können. Nach einer Periode schwerer Not werden die Scheine daher voraussichtlich überwiegend zur Abdeckung alter Verpflichtungen benutzt werden. Damit wird eine günstige Liquidität der Wirtschaft erreicht, nicht aber der gewünschte Effekt einer unmittelbaren Belebung des Arbeitsmarktes. Wenn das System der Rückvergütung von Steuerentlastungen einige Monate in Gang sein wird, so wird sich erst zeigen, wie festgefahren der deutsche Wirtschaftslage tatsächlich ist.

Wie immer die Unternehmer mit den Steuerentlastungen aber auch umgehen werden, ein gewisser mittelbarer und zum Teil auch unmittelbarer Belebungseffekt wird von ihnen zweifellos ausgehen. Nur darf man die Hoffnung nicht überlügen.

Wohl lastet auf dem Unternehmertum eine außerordentlich große Verantwortung für das Gelingen dieser Aktion, keineswegs aber kann ihm die Schuld zugeschoben werden, sofern das Experiment nicht glücken sollte. Man kann unmöglich den deutschen Unternehmer voll verantwortlich machen für ein Programm, das wirklich 50 v. H. nur auf Psychologie abgestellt ist und zu weiteren 50 v. H. auf Vorgängen beruht, die der Unternehmer gar nicht in der Hand hat. Ich erinnere nur an die starke Gefährdung des Notprogramms durch die wenig glückliche, für unsere Arbeiterschaft sozialökonomisch teilweise unerträgliche Regelung der sozialpolitischen Belange. Ich verweise sie weiter auf den handelspolitischen „Ritt über den Bodenlee“. Und ich erinnere besonders an die politische Atmosphäre in unserer Innen- und Außenpolitik, in der m. E. ein gesunder wirtschaftlicher Aufstieg nur schwer, wenn überhaupt, gelingen kann. Wir müssen es deshalb ablehnen, wenn Reichskanzler von Vapen in seinem Rundfunkappell von der „letzten Chance“ des privaten Unternehmertums gesprochen hat.

Will man die winterliche Not überwinden, dann ist es erforderlich, nicht nur der Privatinitiative der Unternehmer Hilfe und Raum zur Entfaltung zu schaffen. Es muß

auch die gesamte deutsche Arbeiterschaft

moralisch verpflichtet werden können, alle Kräfte zur Erreichung dieses Zieles einzusetzen.

So ist m. E. die Einseitigkeit der Hilfe an die Unternehmerschaft ein Kardinalfehler in der Konstruktion des Notprogramms. Da gleichzeitig mit der Rückvergütung von Produktionssteuern ein Umbau der sozialen Versicherungen und eine Auflockerung des allzu starren Tarifsystems einhergehen soll, konnten unsere Arbeitnehmerfreunde den Eindruck gewinnen, daß die Ueberwindung der Wirtschaftskrise auf ihre Kosten erfolgen sollte.

Tatsächlich hat man hinsichtlich der sozialpolitischen Maßnahmen dem deutschen Arbeitgeber die Möglichkeit gegeben, die er im Interesse des gerade heute so notwendigen Arbeitsfriedens, dann aber auch im Hinblick auf die nun einmal notwendige Kaufkraft unserer breiten Masse gar nicht durchführen kann, selbst wenn er es mit einem weiten sozialen Gewissen vereinbaren wollte. Lohnbetrugungen bis zu rund 28 v. H. sind bei dem heutigen Lohnniveau eine materielle und sozialökonomische Unmöglichkeit. Die Arbeitslosenunterstützung und die Lohnfortzahlungsmöglichkeiten sind zweifellos auch besonders dazu geeignet, in die natürlichen Konkurrenzverhältnisse störend einzugreifen, die Großunternehmen gegen die mittleren und kleinen Unternehmen, die doch ganz besonders die Träger der von der Regierung so stark beanspruchten Privatinitiative sind, zu bevorzugen und die sozialen Arbeitgeber gegen die brutalen unter Strafe zu stellen!

Die Regierung sollte daher eine Ausdehnung des Systems der Steuerzurückvergütung in Erwägung zu ziehen. Es würde zweifellos

als Akt ausgleichender Gerechtigkeit empfunden werden, wenn auch unsere Arbeiterschaft einen Teil der hohen Steuerlast, die sich aus dem Lohnabzug ergibt, in Form von Steuerentlastungen zurückvergütet erhielte. Jeder dieser Steuerentlastungen würde sich aber auch unmittelbar in Verbrauch umsetzen und eine belebende Wirkung auf die Wirtschaft ausüben.

Ein ganz großer Widerspruch in den wirtschaftspolitischen Überlegungen der Reichsregierung liegt ferner in den weitgehenden

Kontingentierungsmahnahmen

gegenüber dem Ausland. Alle Anregungen und Hilfen, die der Wirtschaft jetzt gegeben werden, sind nutzlos, wenn eine mehr oder weniger systematische Abriegelungspolitik gegenüber dem Ausland stattfindet. Eine Regierung, die den Begriff Autorität bei jeder Gelegenheit betont und eine Reform der Reichsverwaltung an Haupt und Gliedern durchführen will, sollte zuerst das Nebeneinander zweier Autoritäten Ernährungs- und Wirtschaftsminister in der deutschen Wirtschaftspolitik beilegen.

Wenn die deutsche Industrie gegen den handelspolitischen Teil der Maßnahmen die schärfsten Bedenken hat, so nicht deswegen, weil sie auf die notwendigen Lebensverhältnisse unserer Landwirtschaft keine gebührende Rücksicht nehmen möchte. Gerade bei auf dem Boden der Zentrumsparität stehende gewerbliche Wirtschaft ist sich voll darüber klar, daß eine rentable Landwirtschaft für den Wiederaufbau des deutschen Volkes und seiner Wirtschaft unerlässlich ist. Sie ist auch der Auffassung, daß Verpflegung von Menschen aus der Stadt auf das Land, die für uns national, bevölkerungspolitisch wie allgemein wirtschaftlich so dringend notwendige Agrarstrukturpolitik und damit das ganze Siedlungsproblem nur dann von Erfolg begleitet sein wird, wenn die Menschen in der Landwirtschaft auch ihr Auskommen finden. Wir können aber bei allem nicht verschweigen, wie unheil- und widersprüchlich die Kontingentierungsversuche der Regierung zu dem gesamten Notprogramm erscheinen, besonders auch im Hinblick auf die kommende Weltwirtschaftskonferenz, für die doch gerade die Parole ausgegeben wurde: „Daraus aus der Isolierung!“

Wir wünschen unseren Freunden in der Landwirtschaft jede auf die Dauer tatsächlich mögliche Entlastung, wir wünschen ihr auch die neueste Zinshilfe und sonstigen Erleichterungen. Wir müssen aber verlangen, daß bei all diesen agrarpolitischen Maßnahmen auch die Interessen der Industrie und der Konsumenten nicht gebührende Berücksichtigung finden. Ohne Würdigung dieser Gruppen wird jede Schutzmaßnahme für die Landwirtschaft auf die Dauer ein Fehlschlag bleiben. Es scheint uns auch politisch und ökonomisch insofern, wenn die Regierung den von ihr so sehr geschmähten „Wohlfahrtsstaat“ bei der Sozialpolitik abbaut, um ihn bei der Agrarpolitik neu aufzurichten. Die Einführung der Kontingentierung betroffenen Waren beschränkt sich insgesamt im ersten Halbjahr auf 200 Millionen, während unsere Exportaufhebung nach den durch die Kontingentierung betroffenen Ländern sich im ersten Halbjahr auf rund 2 Milliarden beläuft.

Es ist die „schlechte Errungenschaft“ dieses sogenannten Agrarprogramms, daß es alle Länder gleichzeitig herausfordert und daß es die ganze Welt gleichzeitig handelspolitisch zu unserem Feind zu machen droht. Und dazu ist aus verdrängten Gründen noch zu befürchten, daß das Vapen'sche Hilfsprogramm für die Landwirtschaft sich auf die Dauer als Programm gegen die Landwirtschaft erweisen wird.

Brüning hat wahrhaft viel und mehr getan für die Landwirtschaft, ohne aber die Interessen der anderen Wirtschaftsklassen ans Spiel zu legen. Gewiß kostete die Agrarhilfe Brüning viel, viel Geld, die Vapen's kostet uns aber die Exportzölle und die Zahlungsunfähigkeit als Inbegriff. Fürwahr, wenn die Männer der jetzigen Regierung keine Abenteurer sind und das Volk nicht aus Eigennut in neues Elend stürzen wollen, dann müßten sie erkennen, welche Lehren sie für ihre Handelspolitik aus den Erfahrungen der letzten 14 Tage zu ziehen haben!

Politik ist Schicksal der Wirtschaft und Wirtschaft Schicksal des Volkes.

Es gibt für die Zentrumsparität keine Negation um der Opposition willen, um wenigstens um einer Person willen. Die Opposition der Zentrumsparität ist auch keine Opposition um ihrer selbst willen. Die Partei kennt vielmehr aus eigener hingebender Arbeit genau und genügend die unermesslichen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Situation und beneidet diejenigen nicht, die an der Stelle ihrer Freunde jetzt den Versuch machen, das sturmumraute Staatsschiff in Sicherheit zu bringen, um die von ihnen annehmend leichtfertig übernommene Verantwortung. Die Partei fühlt aber ihrerseits die Pflicht, zu raten und zu warnen, ihre Stimme zu erheben, wenn immer die leitenden Persönlichkeiten Fehler machen oder irren.

So fühlen wir uns vor Gott, dem Gewissen und dem deutschen Volke verpflichtet, die Regierung warnend anzupöbeln.

Ein Erfolg wird nur dann eintreten können, wenn die ganzen wirtschaftlichen Maßnahmen auch den für ein Gelingen psychologisch notwendigen Resonanzboden

Soll der Landwirt noch Handelsdünger verwenden?

von Jos. Eich, Abt. gepr., Landwirt, Bergisch Gladbach

Fortsetzung

Man muß also hieraus die Folgerung ziehen, daß eine Kulturmäßnahme nur dann den gewünschten Erfolg hat, wenn sie einen Minimumsfaktor verbessert, d. h. wenn man dem Boden die Nährstoffe, die ihm fehlen bzw. nicht in genügender Menge zur Verfügung standen, in der richtigen Höhe wieder zuführt. Im allgemeinen kann man wohl sagen, daß eine Mittel-ernte (30 dz Körner ha.) dem Boden ca. 100 kg. Stickstoff, 125 kg. Kali und 50 kg. Phosphorsäure pro ha entzieht. Der Wert der Handelsdünger ist dem Landwirt bekannt durch die prozentuale Angabe der einzelnen Düngersorten (z. B. schwefelsaures Ammoniak 20,8 bis 21 Prozent Stickstoffgehalt, d. h. in 100 kg. schw. Am. sind ca. 20,8 bis 21 kg. reiner Stickstoff enthalten). Die Wertzahlen für den Stallmist seien kurz in Erinnerung gebracht: in 100 dz. Stallmist sind enthalten je nach Qualität des Stalles ca. 10 bis 20 kg. reiner Stickstoff, ca. 60 kg. reines Kali, und ca. 20 bis 25 kg. reine Phosphorsäure. Aus diesen Zahlen läßt sich für den Landwirt im Durchschnitt leicht die erforderliche Menge der dem Boden zuzuführenden Nährstoffe ermitteln.

Voraussetzung für eine Steigerung des Ertrages und der Qualität ist neben ausreichender Düngung gründliche Bearbeitung und Pflege des Bodens, Verwendung leistungsfähigen Saatgutes und sonstige Maßnahmen zur Gesunderhaltung und Kräftigung der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen. Sämtliche Wachstumsbedingungen müssen also zusammenwirken, um einen Erfolg zu garantieren. Je mehr es der Landwirt versteht, alle diese Bedingungen möglichst günstig zu gestalten umso höher wird der Ertrag sein.

Ueber die Wirkung und Wirtschaftlichkeit der Handelsdünger sei Folgendes gesagt: Es dürfte jedem Landwirt zur Genüge bekannt sein, daß eine Düngung mit den Hauptnährstoffen notwendig ist. Es fragt sich nur, ob bei den heutigen Preisen für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse noch Geld für künstliche Düngemittel auszuwerfen werden soll und kann. Es ist dies nur dann zu beantworten, wenn man die Gewinne hat, daß sich das für diese Kulturmaßnahmen ausgegebene Kapital entsprechend verzinst.

Für den Erfolg der Düngung sind ausschlaggebend die Kosten der Düngemittel, ihre ertragsteigernde Wirkung und der Wert des Mehrertrages! Letzterer veranschaulicht nach Abzug der Kosten für die Düngung die Wirtschaftlichkeit. Um ein rechnerisch klares Beispiel dafür anzuführen, daß der Stickstoff in besonderen Maße dazu beiträgt, die Höhe unserer Ernte zu beeinflussen, seien hier die sogenannten Wirkungszahlen angeführt, die von der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft Berlin im Durchschnitt von zahlreichen Versuchen in allen Teilen Deutschlands in fast 10-jähriger Tätigkeit festgestellt wurden. Diese belegen, wieviel Kilogramm landwirtschaftlicher Erzeugnisse (Getreide, Kartoffeln, Milch usw.) durch ein Kilogramm eines der Hauptnährstoffe erzeugt werden. Sie bringen zum Ausdruck, daß durch Stickstoff ergibt:

- 1 kg. reiner Stickstoff 18—20 kg. Körner
- 1 kg. reiner Stickstoff 100 kg. Kartoffeln
- 1 kg. reines Kali 2,5 kg. Körner
- 1 kg. reine Phosphorsäure 5 kg. Körner.

Es sei noch kurz erwähnt, daß beispielsweise 100 kg. schwefelsaures Ammoniak ca. 20,8 kg. reinen Stickstoff, 100 kg. Superphosphat, 18 kg. reine Phosphorsäure, 100 kg. 40er Kali, 40 kg. reines Kali enthalten.

Setzt man obengenannte durch die Stickstoffdüngung unter Voraussetzung ausreichender Verwendung von Kali und Phosphorsäure erzielten Mehrerträge einem Vergleich mit dem Mehraufwand zu Grunde so ergibt sich folgendes Bild:

Getreide: Mehretrag durch 1 kg. reinen Stickstoff 20 kg.; Wert des Mehrertrages 3.— M., Aufwand f. 1 kg. Stickstoff incl. Streukosten 0,90 M., Wert des Mehrertrages nach Abzug der Düngungskosten 2,10 M.

Kartoffeln: Mehretrag durch 1 kg. reinen Stickstoff 100 kg., Wert des Mehrertrages 6.— M., Aufwand für 1 kg. Stickstoff

incl. Streukosten 0,90 M., Wert des Mehrertrages nach Abzug der Düngungskosten 5,10 M.

Diese Mehrerträge durch sachgemäße Streuen 36.— M.

Wert des Mehrertrages nach Abzug der Düngungskosten 84.— M.

Dieser Ueberschuß von 84.— M. verteilt sich auf die Gesamternte von 28 dz/ha, d. h. jeder dz wird mit Hilfe der Stickstoffdüngung um 3.— M. billiger erzeugt (84.— M. geteilt durch 28 dz ergibt 3.— M. pro dz).

Es darf heute dem weitsehenden Landwirt nicht gleichgültig sein, ob er seinen dz Getreide billiger erzeugen kann oder nicht. Gerade diese Möglichkeit sollte doch der Landwirt auf jeden Fall ausnützen!

Noch ein Wort zur Einwirkung der künstlichen Düngemittel auf die Qualität der Erzeugnisse. Es wird leider nicht nur in unschmackhaften, sondern auch in landwirtschaftlichen Kreisen häufig der Versuch gemacht, zu behaupten, daß die Güte der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Nahrungsmittel durch die Anwendung von künstlichen Düngemitteln herabgesetzt werde. Demgegenüber sei festgestellt, daß durch zahlreiche Versuche von maßgebenden Persönlichkeiten der Wissenschaft und Praxis wiederholt nachgewiesen worden ist, daß sachgemäß angewandte künstliche Düngung den Wert der Nahrungsmittel denkbare günstig beeinflusst!

Ein weiterer Vorteil richtig angewandter Stickstoffdüngung liegt darin, daß auch

die Erzeugnisse für landwirtschaftliche Erzeugnisse beträchtlich gesenkt werden können; denn die Ausgaben für entsprechende Herrichtung des Bodens, Saatgut, Ernte usw. bleiben ja die gleichen; es werden also die Erzeugerlöhne um den Mehretrag verbilligt. Auch hierfür ein Beispiel: Ernteertrag an Körnern ohne Stickstoffdüngung 20 dz/ha;

Ernteertrag an Körnern mit 200 kg. schwefelsaures Ammoniak/ha = 40 kg. reiner St. 28 dz/ha;

Mehretrag mithin 8 dz/ha;

Wert 120.— M.

Kosten der Stickstoffdüngung incl. Stickstoff-Düngung sind so hoch, daß auch bei widrigen Witterungsverhältnissen und weiterem Sinken der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse noch eine Wirtschaftlichkeit der Stickstoffdüngung zu erwarten ist.

Die Notwendigkeit der Qualitätserzeugung im Getreidebau.

Von Saatzuchtspektor U m b e r g, Bonn.

Durch Verordnung der Reichsregierung vom 3. August 1932 sind nach Zustimmung des Reichsrates die Handelsklassen für Weizen, Roggen, Braugerste, Futtergerste und Hafer gebildet und der Öffentlichkeit bekanntgegeben worden. Der Zweck der Handelsklassen ist der Anreiz zur Erzielung einer besseren Kornqualität durch Bezahlung nach drei für jede Getreideart vorgesehenen Gütegruppen, für die in erster Linie das Hektoltergewicht maßgebend ist. Für den Weizen des Reiches enthalten diese neuen Vorschriften wegen der hier herrschenden ungünstigen Witterungsverhältnisse und der häufig damit verbunde-

nen Lagerung und Qualitätsverminderung große Härten. Hinzu kommt noch, daß in den Weizenangeboten die mit dem starken Auftreten der Fußkrankheit verbundenen Qualitätsverschlechterungen die an die Güte des Getreides gestellten Anforderungen sehr erschweren.

Auf Grund dieser Verhältnisse hat sich der Landwirt diesen neuzeitlichen Forderungen anzupassen. Neben richtiger Sortenwahl, guter Bodenbearbeitung und sorgfältiger Herrichtung des Getreides muß das Hauptaugenmerk darauf gerichtet werden, daß die vorgesehene Düngung auf Qualitätserzeugung abgestimmt ist. Hohe Hektoltergewichte, also beste Qualitäten sind nur zu erlangen, wenn mögliche Lager-sicherheit des Getreides angestrebt wird. Es werden also die Düngemittel Phosphorsäure und Kali verfrachtet in den Vorbergründ treten müssen. So ist es z. B. in der Praxis genügend bekannt, daß Kali zu den wirksamsten Schutzmitteln gegen das Lagern aller Halmfrüchte gehört. Und jetzt, wo besonders infolge des vermehrten Weizenbaues die Fußkrankheit gewaltige Schäden im Getreidebau verursacht hat, verdient die mit der Kalidüngung erreichbare Schutzwirkung besondere Beachtung. Um sich gleichzeitig einen guten Ertrag zu sichern, ist zu berücksichtigen, daß die Herbstdüngung der Frühjahrsgabe überlegen ist. Der Versuchsring Rheinberg erntete zu Roggen:

ohne Kali	19,0 dz/ha
Kali im Herbst	32,8 dz/ha
Kali im Frühjahr	28,4 dz/ha

Diese Zahlen zeigen treffend, wie sehr der Erfolg der Düngung von der richtigen Anwendung eines Düngemittels abhängig ist.

Gedanken zur Herbstbefeuchtung.

Die Senkung der Produktionskosten als wichtigste Selbsthilfemaßnahme des Landwirts ist in der heutigen Zeit nach wie vor eine Frage von ganz besonderer Bedeutung. Wenn schon vor dem Kriege die Verwendung von Stickstoffdüngemitteln im Getreidebau eine befriedigende Rente abgeworfen hat, so ist die Wirtschaftlichkeit der Stickstoffdüngung bei dem heutigen Verhältnis von Getreide- zu Stickstoffpreisen unter allen Umständen gesichert. Bekanntlich haben sich ja die Getreidepreise auf der Vorriegehöhe gehalten, während die Preise für Stickstoffdüngemittel seit dieser Zeit um etwa 45% gesunken sind. So wird die Tatsache verständlich, daß sich die Stickstoffdüngemittel zurzeit von allen Produktionsmitteln am höchsten verzinsen.

Unter Berücksichtigung seines hohen Gehaltes von ca. 65% schnellwirkendem Kali (K₂O) ist der Kalistickstoff als der billigste zurzeit auf dem Markt befindliche Stickstoffdünger anzusprechen. Kalistickstoff hat sich für die Herbstdüngung bestens bewährt, da er der Auswaschung nicht unterliegt. Er trägt die Kulturen, erhöht damit ihre Winterfestigkeit und stellt den Pflanzen bereits bei Erwachen der Vegetation im Frühjahr den für ein freubiges Wachstum erforderlichen Stickstoff zur Verfügung. Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, in dem die Felder ohne Schaden zur Ausführung einer Frühjahrsdüngung vielfach noch nicht betreten werden können. Hierdurch wird eine harmonische Entwicklung der Kulturen gewährleistet, die sich in der Verminderung der Lagergefahr und Verbesserung der Qualität äußert. Man verabsolgt zur Düngung der Herbstsaaten den Kalistickstoff ca. 8 Tage vor der Saat.

Von ganz besonderer Wichtigkeit ist die Tatsache, daß die lästigen Unkräuter des Wintergetreides wie Winbalm, Kornblume, Vogelmiere, Kornrade, Klatzkraut u. a. m. durch eine Herbstdüngung mit Kalistickstoff vernichtet werden können, ohne daß die Stickstoffwirkung dadurch beeinträchtigt wird. Man bringt zu diesem Zweck 150—200 kg. ungelösten Kalistickstoff/ha 3—7 Wochen nach dem Auslaufen der Wintersaaten auf die trockenen Kulturen aus.

Die gleichzeitige Verwendung des Kalistickstoffs als Unkrautbekämpfungsmittel und Düngemittel ermöglicht die Durchführung zweier Betriebsmaßnahmen in einem Arbeitsgang und damit eine erhebliche Senkung der Produktionskosten.

Das Ausputzen der Obstbäume steigert die Fruchtbarkeit.

Welche Äste müssen entfernt werden?

Zuerst entfernt man alles trodene Holz, das sich in diesem Jahre viel vorfindet. Eine ganze Anzahl Äste sind abgestorben. Die abgestorbenen Äste dürfen nicht stehen bleiben, da sich auf diesen das Ungeziefer festsetzt und von da aus die gesunden Äste befallt. Aber auch die Äste, die im Innern der Krone stehen und keine Holztriebe mehr zeigen, müssen entfernt werden. Sie sitzen gewöhnlich unter einem dicken Ast, der ihnen Luft und Licht wegnimmt. Die im Schatten stehenden Äste bringen ja auch Früchte hervor, aber das Fleisch derselben schmeckt ganz faß. Auch sind diese Früchte häufig stark vom Fusilladium befallen. So z. B. kann häufig beobachtet werden, daß die Früchte der Kiegl's Butterbirne, die im Innern der Krone hängen, viele Schorfstellen zeigen, obgleich die Bäume vor und nach der Blüte mit Kupferkalkbrühe gespritzt wurden. Solche Früchte, die mit Schorf befallen sind, eignen sich höchstens noch zum Dörren oder zur Weinbereitung, weswegen ein großer Teil des Wertes verloren geht. Schließlich ist es nicht nur für unsere Ernte, sondern auch für unsere Bäume selber, wenn man solche Äste ganz entfernt. Trotz des heurigen nassen Sommers hat es nur wenige Früchte mit Fusilladiumbefall gegeben. Solche Obstsorten, die erfahrungsgemäß sehr unter Fusilladium leiden, müssen immer besonders scharf beschnitten werden, um frisches Holz zu erzielen. Gerade am frischen Holz wachsen die schönsten und gesündesten Früchte. Äste im Innern der Krone, die sich kneten und reißen, müssen beseitigt werden. Von zwei Ästen entfernt man immer den, der am ungünstigsten steht. Wird die entstehende Wunde zu groß, kann auch über die Stelle, an der sich die Äste reißen, ein Stiel Leber gebunden werden. Schließlich muß für freien Verkehr unter den Bäumen gesorgt werden. Äste, die stark herunterhängen, fängt man über einem solchen Ast, der in die Höhe wächst, ab. Solche Äste werden durch die Last der Früchte heruntergedrückt. An den Biegestellen bilden sich neue Triebe, die nach oben wachsen und die darunterstehenden Zweige unterbrechen.

Was soll mit den Wassertöpfen geschehen? In den Kronen bilden sich oft starke, mächtige Triebe, die man Wassertöpfe nennt. Ist die Krone noch triebig, so kann man die Wassertöpfe ganz beseitigen. Braucht man sie aber zum Ausbes-

fern von Säulen, dann schneidet man sie einige Jahre zurück, damit die unteren Äste austreiben und sich zu Fruchtholz umbilden können; dann sind sie auch fähig, Früchte, wie jeder andere Baum auch, hervorzubringen. Große Wunden, die beim Ausputzen entstehen, müssen mit Baumwachs oder Seifenholzteer überstrichen werden. Geschieht das nicht, so fiedeln sich Baumschwämme auf den Wunden an.

Die Stammsplege darf nicht vernachlässigt werden. Ist die Krone nach den oben angegebenen Grundregeln ausgereinigt worden, dann müssen noch Stamm und Flechten beseitigt werden. Alle diese Anhangsel nützen dem Baum nichts, sondern schaden ihm nur, da sie eine große Anzahl Insekten beherbergen, die im Frühjahr Laub und Früchte beschädigen. Im Hausgarten müssen auch die Bäume nach dem Abtragen schon glatt sein. Darum bürstet man die Stämme noch mit einer Stahlbürste ab. Aller Abfall muß sorgfältig gesammelt werden. Man darf darum den Abfall keineswegs unter dem Baume liegen lassen, denn unter dem Moos usw. befinden sich nicht nur viele Schädlingseier, sondern auch Schädlinge usw. Um sich das Auffammeln zu erleichtern, legt man vorher ein Tuch oder einige Stiele um den Baum. Den Abfall muß man verbrennen. Da durch das Abtragen die Stämme nicht immer getroffen und getrocknet werden, so ist schließlich noch zu raten, die Stämme mit einer 30—40prozentigen Karbolineumlösung anzustreichen. Die günstigen Erfahrungen, die mit dem Anstrich von Obstbaumkarbolineum gemacht worden sind, sprechen für seine Nützlichkeit. Ein solcher Anstrich hält ungefähr fünf Jahre an, dann muß er wieder erneuert werden.

Häufig findet man beim Ausputzen Bäume, die nur noch 4 bis 5 Äste haben und auch diese beginnen schon hoch zu werden. Es ist dann für den Besitzer besser, diese Bäume gleich ganz zu beseitigen und durch neue zu ersetzen. Natürlich muß dabei die alte baumtübige Erde entfernt und durch frische ersetzt werden. Kann man keine neue Erde herankommen, dann nimmt man Ackererde, um das Baumloch zu füllen. In die entstandenen Lücken wirft man die Baumerde. In neuer Ackererde wachsen die Bäume freudig weiter.

frei waren, wird man eine tadellose dicke Milch in normaler Zeit bekommen.

Die Herstellung von dicker Milch aus erhaltener Milch

Von Dr. Koeber, Landwirtschaftskammerrat.

Vielfach herrscht in Hausfrauenkreisen eine gewisse Abneigung dagegen, pasteurisierte Milch zu kaufen. Für's erste befürchten die Hausfrauen, daß pasteurisierte Milch weniger Fett enthält als Rohmilch, weil sie oftmals bei längerem Stehen eine viel geringere Rahmschicht abgibt als unerhitzte Milch. Es ist dieses aber eine schon oft widerlegte, trügerische Anschauung, die darauf zurückzuführen ist, daß die Milch bei der milderem Behandlung, insbesondere beim Erhitzen auf höhere Temperaturen, einen Teil ihrer Aufnahmefähigkeit einbüßt, so daß die Ausfällung viel längere Zeit beansprucht als bei Rohmilch. So wird bei gleichlangem Aufstellen die rohe Milch eine höhere Rahmschicht zeigen als die erhaltene, obwohl der Fettgehalt in beiden Fällen genau derselbe ist.

Weiterhin sei auf ein anderes Mißgeschick hingewiesen, das im Haushalt häufig mit pasteurisierter Milch eintritt. Es ist besonders in den heißen Sommermonaten beliebt, einen Teil der gekauften Milch zurückzustellen und sie als dicke Milch zu verzehren. Wird dieser Versuch nun mit milderem behandelte, pasteurisierte Milch unternommen, so fällt er sehr oft wenig befriedigend aus, weil die pasteurisierte Milch oft tagelang stehen kann, ohne did zu werden und am Ende des Versuches zuweilen unangenehm riecht und schmeckt. Wenn man sich die Vorgänge und den Zweck der Pasteurisierung (Erhitzung) im Molkereibetrieb vorstellt, so kommt man auch ohne besondere Fachbildung sehr einfach zu dem Schluß, daß die pasteurisierte Milch nicht für den Mißerfolg voranmontiert gemacht werden kann, denn es ist ja mit der Zweck der Erhitzung, Milch vor dem raschen Säueren zu bewahren. Durch das Erhitzen werden Bakterien, welche die Säuerung verursachen, abgetötet, so daß das Säuerwerden

natürlich nicht ohne weiteres eintritt, sondern nur dann, wenn die der Hausfrau erwünschten Milchsäurebakterien wieder in die Milch gelangen. Ist dieses nicht der Fall, so kann es sehr leicht vorkommen, daß eine solche Milch überhaupt nicht säuert, sondern nach einigen Tagen irgendwelche unangenehme Geschmacks- und Geruchsercheinungen aufweist.

Es gibt jedoch ein verhältnismäßig sehr einfaches Mittel, um allen diesen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen. Man kann erhaltene Milch ebenso rasch zum Dickwerden bringen, wie rohe Milch, wenn man ihr eine kleine Menge gesäuerte Milch (ähnlich wie mit Sauerteig beim Brotbacken) zusetzt. Als solche gesäuerte Milch verwendet man am einfachsten Buttermilch, die man von jedem Molkereibetrieb beziehen kann, und von der man eine kleine Menge, vielleicht 5—10 Prozent, der zu säuernden Milch zusetzt. Wenn die Buttermilch und pasteurisierte Milch einwand-

Schnell herzustellende Speisen für eilige Berufsfrauen

Milchsuppe. Aus Butter und Mehl wird eine helle Schmelze hergestellt und mit Milch aufgefüllt. Ein oder — je nach der gewünschten Menge — mehrere ganze Eier werden verquirlt, etwas Salz und Zucker nach Geschmack hinzugefügt, wenige kalte Milch angerührt und das Ganze mit der vom Feuer gezogenen Milch verschlagen. Zum Schluß kann man — nach Geschmack — einen oder zwei Eßlöffel Rum der Suppe, die heiß oder kalt gegessen wird, zufügen. (Wer Schmelzen kochen will, rührt nur mit Eiweiß ab und nimmt das Eiweiß zum Schmelzen.)

Brühl und Umgebung

Brühl, 19. Oktober.

11 Drei Tage schulfrei. Wie die Pressestelle des Oberpräsidiums mitteilt, hat der Oberpräsident angeordnet, daß am Montag, dem 31. Oktober (Reformationstag), und am Dienstag, dem 1. November (Allerheiligen), an allen Schulen der Rheinprovinz Unterricht frei ist. Dementsprechend werden die Weihnachtsferien um einen Tag verlängert, so daß diese Ferien am Freitag, dem 23. Dezember, beginnen und Dienstag, der 10. Januar 1933, statt Mittwoch, der 11. Januar, der erste Schultag ist.

12 Brötchen schon von 6.30 Uhr an. Der Regierungspräsident von Köln hat im Auftrag des Handelsministeriums die in früheren Jahren erlassenen Anordnungen über die Bollerlegung des Arbeitsbeginns in Bäckereien auf 5 Uhr morgens dahin geändert, daß in Zukunft die Belieferung von offenen Verkaufsstellen (z. B. Zweiggeschäften, Wiederverkaufsstellen, Verkaufsstellen von Konsumvereinen und ähnlichen Vereinen) mit Backwaren jeder Art schon von 6.15 Uhr morgens an zulässig ist. Die Abgabe von Backwaren jeder Art unmittelbar an Verbraucher soll statt ab 7 Uhr nunmehr von 6.30 Uhr morgens an gestattet werden. Diese Verfügung ist zu begrüßen, denn mancher Werktätige und Angestellte, der bisher nur Sonntags aufgebundene Brötchen auf dem Frühstückstisch hatte, bekommt jetzt vor dem Gang zur Arbeit wenigstens frische Brötchen.

Brühl-Rierberg.

13 Massenhaftes Auftreten des Kohleweslings. Ein großer Schädlings für die Baum- und Gartenbesitzer, der Kohlewesling tritt hier in diesem Jahre in überaus großen Mengen auf. Ganze Felder, die mit Koblarten bepflanzt sind, sind von den gefräßigen Raupen vollständig kahl gefressen. Den Eigentümern ist hierdurch ein großer Schaden entstanden.

Aus dem Amte Wesseling.

14 Berzdorf: Der Männer-Gesang-Verein „Die-dertranz“ hat sich entschlossen, die von ihm am Sonntag, dem 2. Oktober, im Lokale Hug unter Leitung seines Dirigenten Reiner Baden mit so großem Erfolg aufgeführte Operette „3 Hiesel oder rothaarig ist mein Schädel“ in 3 Aufzügen mit Orchester nochmals aufzuführen und zwar am Sonntag, dem 23. Oktober. Der Verein kommt so dem Wunsche vieler Bürger von Berzdorf nach; wird doch so vielen Theaterfreunden Gelegenheit geboten, sich auch einmal eine Operette anzusehen und anzuhören.

15 Wesseling: Die Rotgemeinschaft will, ebenso wie im Vorjahre, ihre Sammelarbeit zur Lindung der großen Not im kommenden Winter wieder beginnen. Daher bittet der Bürgermeister dringend alle, die es irgendwie können, zu helfen. Spenden werden sowohl von dem Wohlfahrtsamt, als auch von den Gemeindevorständen in Empfang genommen. Es ist nicht nur Geld

willkommen, sondern auch Naturalien werden dankbar weitergeleitet.

16 Wesseling: Welche Ämter sind zuständig? Nach dem Ausscheiden der Gemeinden Wesseling und Reldendorf aus dem Landkreis Bonn und Eingliederung in den Landkreis Köln, sind Zweifel entstanden, welche anderen Behörden nunmehr für diese beiden Orte zuständig sind. Vorab bleiben noch das Finanzamt, das Katasteramt, das Amt- und Landgericht, sowie das Kulturamt in Bonn zuständig. Um Klarheit hier zu schaffen, wird in nächster Zeit eine Klärung notwendig sein und durchgeführt werden müssen, da es als zweckmäßig erscheint, daß für die Gemeinden eines Landkreises auch nur die Kreis- und Staatsbehörden innerhalb des Kreises zuständig sind.

17 Wesseling: Die Bürgersteuer in den Gemeinden Wesseling und Reldendorf wird auf Grund der Verordnung des Preussischen Staatsministeriums vom 13. September 1932 erhoben werden. Für 1932 wird die Bürgersteuer nach Maßgabe der Verordnung zur Durchführung vom 9. September d. J. aus dem Gesamtbetrag der Bürgersteuer 1931 errechnet. Der fünfzigprozentige Zuschlag bei Verheirateten kommt für die Ehefrau jedoch nicht zur Erhebung. Außerdem wird die Bürgersteuer 1932 nur mit der Hälfte der Bürgersteuer 1931 angesetzt. Der sich hiernach ergebende Steuerbetrag wird um weitere 25 Prozent gekürzt. Die Teilbeträge müssen die Arbeitgeber selbst errechnen.

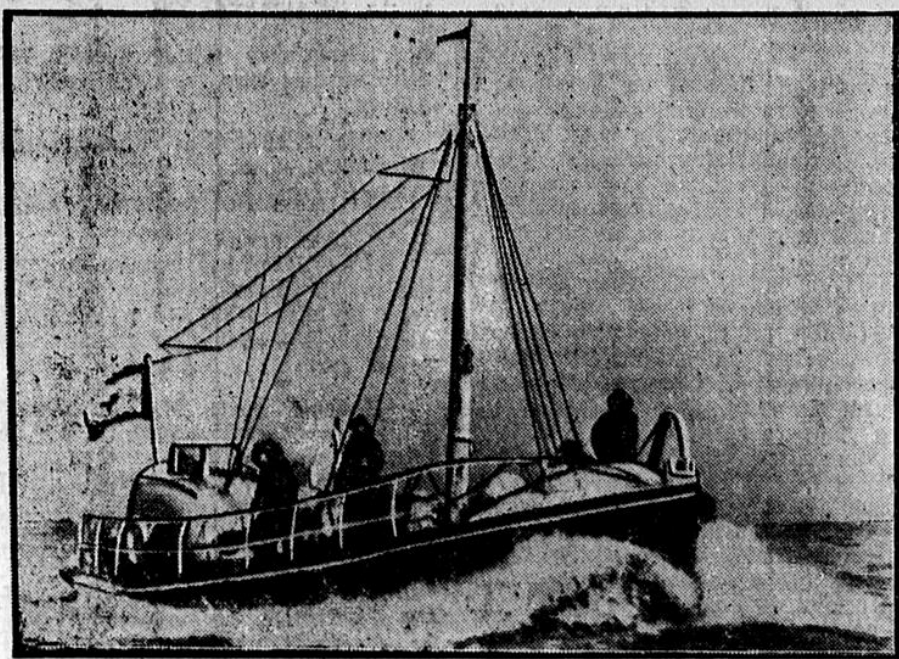
18 Wesseling: Auf eine 25jährige Tätigkeit bei den Köln-Bonner Eisenbahnen können Werkmeister Schnitzler und Werkmeister Benjeler zurückblicken.

Aus dem Amte Hürth.

19 Hürth: Zwei Vogelfänger konnten vom Landjäger in der Hürthener Feldmark beim Singvogelzug überrascht und zur Anzeige gebracht werden. Die Fanggeräte wurden beschlagnahmt.

Aus dem Amte Lohr.

20 Lohr: Die Amtsstelle fordert die rückständigen Grundvermögens- und Hauszinssteuerzahlungen für Oktober, bei Vermeidung einer zwangsweisen Eintreibung. Ebenso wird die Kirchensteuer angemahnt. — Ein Sportturnus wurde von der Amtsammlung bewilligt, der in der Jugendhalle Röttingen Montag und Donnerstag von 16.30 bis 19.30 stattfindet und zu dem Anmeldungen auf dem Rathaus angenommen werden. — Die heimatkundlichen Wanderungen des Ortsausschusses für Jugendpflege finden am Samstag, 22. Oktober, mit einer Besichtigung des Kölner Museums für Vor- und Frühgeschichte ihr Ende. Eintritt frei. Abfahrt 14.45 Uhr. — Ein Kochlehrgang beginnt im Dezember. Preis je Woche 2.50 RM. Dauer 8 Wochen. Anmeldungen bis zum 25. Oktober auf dem Rathaus.



Ein neues Motorboot zur Rettung Schiffbrüchiger

hat die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger in Dienst gestellt. Dieses neue Doppelschraubenboot „Richard C. Krogmann“ entwickelt bei einer Motorleistung von 250 Pferdestärken eine Geschwindigkeit von 11 Seemeilen in der

Stunde. Bei einer Länge von 17,10 Meter, einer Breite von 4,20 Meter und einem Tiefgang von 1,25 Meter hat sich das Boot bisher als äußerst leistungsfähig erwiesen und dürfte nach menschlichem Ermessen unsinkbar sein.

Briefkasten.

2. M. 1. Wir empfehlen Ihnen, den Gegenstand Ihrem Sohne durch notariellen Schenkungsvertrag zu übereignen. Die entstehenden Kosten sind sehr gering, da sie sich nach dem Werte des Gegenstandes richten. 2. Der 1. Oktober 1886 war ein Freitag.

3. M. Chinesischer Tee. Der Tee wurde unseres Wissens erst nach dem Kriege eingeführt. Größere Verbreitung hat er erst in den letzten Jahren gefunden. Der Extrakt wird als wirksames Heilmittel bei Darmkrankheiten, Verdauungsbeschwerden, Arterienverfälschung, Gicht und Rheuma sowie bei verschiedenen Stoffwechselstörungen angewandt. Das Zubereitungsverfahren ist folgendes: Stellen Sie einen Teekessel her, indem Sie einen gestrichenen Eßlöffel voll chinesischen oder Ceylontee in etwa 2 Liter kochendem Wasser, dem Sie zwei gehäufte Eßlöffel Zucker zusetzen, unter häufigem Umrühren ziehen lassen. Wenn der Teekessel auf etwa 26—28 Grad abgekühlt ist, sieben Sie ihn durch und gießen ihn in ein sauberes irdenes Gefäß. Nun nehmen Sie den im Durchgange etwa zwölf bis zwanzig Zentimeter großen Teepilz aus seiner bisherigen Flüssigkeit mit zwei silbernen oder hölzernen Löffeln heraus und betten ihn sorgfältig in den Teekessel. Hierfür bedecken Sie das Gefäß mit einem Pappdeckel zu, in dessen Mitte ein Luftloch geschnitten ist und stellen es an einen geschützten warmen Ort. Nach 24 Stunden hat der Teepilz seine Wirkung ausgeübt und das Getränk ist fertig. Der Teepilz verliert bei richtiger Behandlung nicht nur nichts von seiner Wirkung, sondern er wird im Gegenteil immer größer, je öfter man ihn benutzt. Man nimmt den Teepilz wiederum mit einem silbernen Löffel aus dem Aufguss heraus und legt ihn auf einen bereit stehenden Te-

ler. Das fertige Getränk füllt man in Flaschen ab, die man möglichst kühl aufbewahrt. Dann reinigt man das Gefäß gründlich, stellt wieder den beschriebenen Teekessel her und verfährt in der oben geschilderten Weise. Außerdem bilden sich mit der Zeit kleine Teepilze, die man nach Belieben weiter züchten kann. Zu diesem Zweck nimmt man sie aus der Flüssigkeit heraus, legt sie in ein besonderes kleines Gefäß und füllt hier nun wieder eine entsprechende Menge Teeflüssigkeit auf. Im übrigen verfährt man mit dem Teepilz genau wie mit dem großen Pilz, d. h. man stellt das zugebedeckte Gefäß an einen warmen Ort und gießt die Flüssigkeit nach 24 bis 36 Stunden ab, um dann wieder neuen Teekessel herzustellen. Nach etwa 6 Wochen hat der Teepilz die normale Größe von etwa 15 cm Durchmesser und damit seine eigentliche Wirkung erreicht. Man vermeide jorgfältig, den Teekessel warm aufzufüllen. Schon wenige Grade über die angegebene Temperatur töten den Pilz und verfahren ihn zu einem dunklen, unansehnlichen Gebilde. Selbstverständlich muß mit dem allmählichen Größerswerden des Teepilzes auch die Menge der zuzugießenden Flüssigkeit und die Dauer der zur Herstellung des Getränkes nötige Zeit vergrößert werden. Ist der Teepilz beispielsweise auf etwa 30 cm gewachsen, so muß man 4 Liter des oben beschriebenen Teekessels nehmen und auch entsprechend länger das Gefäß stehen lassen. Teepilze zu verwenden, die größer als höchstens 30 bis 40 cm sind, ist nicht ratsam, da das Getränk dann im Geschmack zu streng wird. Man erseht dann den Teepilz durch einen frischen, den man sich in der Zwischenzeit selbst züchten kann.

Verantwortlich: Peter B e c k e r, Brühl.
Notationsdruck und Verlag „Brühler Zeitung“
Buchdruckerei B. Becker GmbH, Brühl.

Achtung



Geschäftseröffnung

Freitag morgen im Hause Wallstr. 19
Roßmetzgerei

Empfehle prima junges fettes Fleisch, sowie meine bekannt nur beste **Wurstwaren** zu sehr billigen Preisen

Verkauf nur Freitags u. Samstags

Roßmetzgerei Math. Bungarz, Bonn

Stets Ankauf von guten Schlachtpferden

Fernsprecher: Amt Bonn 2071.

Reichszuschüsse!

Anträge und Erledigungen durch

Clemens Gödecke, Architekt

Brühl, Lohmühle 11, Fernruf: 2369.

Kostenanschläge und Beratungen kostenlos

Wir geben, solange der Vorrat reicht,

Staubkalk

(Düngekalk)

zum Preise von RM 0,25 per Zentner ab. Der Kalk kann auf unserem Werk in der Zeit von 8.30 Uhr bis 18 Uhr abgehoben werden. Das Aufladen des Kalks hat durch den Abnehmer selbst zu erfolgen; Verpackungsmaterial wird nicht gestellt.

Aktion-Gesellschaft für Stickstoffdünger.

Jeden Donnerstag

Frische Seefische

Direkter Seefisch (billigst)

Empfehle gleiches, prima holl. Vollheringe und sämtl. Fischmarinaden

Jos. König

Pingsdorf, Eustirchenerstraße 87.

Saatkartoffeln

eingetroffen.

Holland. Erstlinge

a und b (Kleiboden)

Erstlinge Odenwälder

Original Holtnieren,

Holländische Nieren,

Oberländer Speise.

Theo Vering,

Badorf, Fernruf 2794.

Holz wurmpolitur

u. a. Aufpolieren von Möbeln

nur: Möbel - Zirkus, Brühl.

Zigarillos

von 3 Pfg. an

Sanien, Brühl

Uhlenstraße 116.

Für die Anfertigung

von Fackeln

u. Lampen

empfehle schwarzes

Tonpapier, sowie

Seiden-, transparent-

und Krepppapier in

vielen hübschen Farben.

Schnelldelivered a. Klebstoff

Möbelle für Gabeln in

vielen Mustern.

Hubert Bommers

Schreibwaren - Sandlung

Recke Uhl- u. Wallstr.

Holländer Erstlinge

erfolgreichste Saatgut von

Kleiboden.

5000 blühende Stief-

mütterchen (farbige) in

allen Farben erhältlich

KREIBEN, Samenhand-

lung, Kierberg.

Hund

(klein bis Schäferhund-

größe) wird in gute Frau-

enhand nach auswärts

zu kaufen gesucht.

Angeb. unter 3 2043 an die Geschäftsstelle.

Schöne Wohnung

3 durchgehende Zimmer

zum 1. oder 15. November zu vermieten.

Uhlenstraße 90.

2 Zimmerwohnung

2. Etage, renoviert an

ruhige Leute zu vermieten.

Wallstraße 93,

Nähe Markt.

2 Zimmer, Küche u. Veranda

ab 1. Novemb. zu vermieten.

Ang. u. B. 2045 an d. Geschäftsstelle.

2 Zimmer

an ruhige Leute zu vermieten.

Kierberg,

Erbsengraben 14.

Parterre-Wohnung (3 Zimmer) zu vermieten.

Kaiserstraße 90.

GELD

erhalten Sie durch

den Verkauf über-

flüssiger Gegenstände.

Die kleine An-

zeige in der Brüh-

ler Zeitung wird

überall gelesen.

St. Sebastianus-Schützen-Bruderschaft Brühl

EINLADUNG zum Königs-Ball am Samstag, den 22. Okt.

im Saale des „Haus Welbecke“.

Anfang 8 Uhr abds. Einlaß ab 7.30 Uhr

Nichtmitglieder müssen durch Schützen

eingeführt werden. Das Eintrittsgeld

für diese beträgt je Person 1,- RM.

Zanageld wird nicht erhoben.

Die Ehefrauen, Söhne und Töchter der

Schützenbrüder, sowie die Ehegatten der

verheirateten Söhne und Töchter haben

freien Zutritt. Unverheiratete Schützen-

brüder haben mit einer Dame freien

Zutritt. Anzug: Uniformierte, Waffen-

rod n. schwarze Hose. Nichtuniformierte

u. eingeführte Herren Gesellschaftsanzug

Der Vorstand:

Dr. Weinreich, Vorsitzender

Brühl Einfamilienhaus in schöner, ruh. Lage sofort preiswert zu vermieten oder zu verkaufen.

Zufahrt. unt. 3 2041 an die Geschäftsstelle.

Abgeschlossene I. Etage

3 Zimmer, Küche, Balkon

u. w. (renoviert) zu vermieten.

Kaiserstr. 5

Kinderloses Ehepaar sucht 3 Zimmerwohnung

evtl. 1. Marf. Angeb. mit Preis unter 3 2044 an die Geschäftsstelle.

Haus- und Grundbesitzerverein

Brühl-Stadt und Brühl-Land.

VERSAMMLUNG

am 21. Okt. abds. 7 Uhr

im Ratsteller (W. Rösch)

„Wie gelange ich in den Genuss der Reichs-

mittel für Hausrepa-

turen und Erweiterungen?“

Siehe über Vortrag von

Dr. Heßberg, Köln vom

Verband rhein. Haus- u.

Grundbesitzervereine.

Alle Mitglieder, Inter-

essenten, insbesondere

Neugewählte sind her-

zlich eingeladen.

Tausende von Menschen

verdanken ihren

gesunden, tiefen

Schlaf und ihre ge-

kräftigten Nerven

unserem

Baldravin

1/2 Fl. RM 2.25

1/4 Fl. RM 4.00

Ltr.-Fl. RM 6.75

Erhältl. in all. Apo-

theken u. Drogerien

bestimmt in der

Alte kurfürsten-

Apotheke

am Markt.

Drogerie

Schmitt,

Kölnstr. 15.